

**Zeitschrift:** Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen  
**Herausgeber:** Verein Aktiver Staatsbürgerinnen  
**Band:** 36 (1980)  
**Heft:** 4-5

**Rubrik:** [Impressum]

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 26.12.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Staatsbürgerin



April/Mai 1980  
36. Jahrgang  
Erscheint zweimonatlich

Abonnementspreis  
Fr. 15.— jährlich  
Einzelne Doppelnummer Fr. 3.—

**Zeitschrift  
für politische  
Frauenbestrebungen**

Redaktion  
Esther Scheidegger  
Rotwandstrasse 65  
8004 Zürich  
Telefon 242 64 27

Verlag Verein Aktiver Staatsbürgerinnen  
8032 Zürich  
Sekretariat, Neptunstrasse 88  
Telefon 47 45 40 oder 910 48 25  
Postcheckkonto 80-14151

**4/5 1980**

## **Sollen Frauen ins Militär? Müssen sie?**

Die Frage, ob Schweizerinnen bald einmal Soldatinnen (und natürlich auch Offizierinnen) werden, ob sie nicht als Freiwillige, sondern künftig als Dienstverpflichtete in die Armee eingezogen werden sollen, ist derzeit im Gespräch, aus verschiedenen Gründen. Da ist einmal die Gleichberechtigungsinitiative, die nun zur Behandlung ins Parlament geht. Vor allem die Kritiker berufen sich gern missgestimmt auf den Leitgedanken «gleiche Rechte, gleiche Pflichten» und möchten sämtliche Frauen möglichst umgehend in die RS oder einen WK schicken, sozusagen zur Strafe. Zu denken und zu diskutieren gibt ferner die Studie der ehemaligen FHD-Chefin Andrée Weitzel im Auftrag des EMD über den möglichen Einsatz der Frauen im Gesamtverteidigungskonzept. Da die Studie dem Vernehmen nach vorliegt, aber «niemand» etwas weiss, werden Spekulationen natürlich ebenfalls angeheizt. Über die BSF-Umfrage zum Thema Nationaldienst («Dem Lande nützen und tausend neue Dinge lernen») haben wir in der letzten Nummer der «Staatsbürgerin» ausführlich berichtet.

### **Tagung der SPS-Frauen**

Am 10. Mai veranstalteten die SPS-Frauen in Bern eine Tagung zu eben diesem Thema. Erinnern wir uns: den BSF-Frage-

bogen hatten sie demonstrativ unausgefüllt zurückgeschickt und in einem deutlichen Brief gegen die tendenziös-suggestive Fragestellung protestiert. Es hatte darin u. a. geheißen: «Da wir jedoch von der Notwendigkeit des (übrigens traditionellen) Einsatzes der Schweizer Frauen in Katastrophenfällen überzeugt sind, schlagen wir vor, eine zivile Organisation mit der Bezeichnung Sozialdienst vorzusehen, die sehr wohl mit einem zu schaffenden Zivildienst auch für Männer gekoppelt werden könnte. Diese Organisation dürfte jedoch nicht den Militärinstanzen unterstehen. Wir sind prinzipiell gegen den Einbezug immer weiterer ziviler Kreise unter die Gesamtverteidigung und gegen eine Aufblähung des Militärapparates. Dagegen sind wir bereit, mitzuhelfen bei der Ausbildung der Frauen für den Katastrophenfall.»

Diese Haltung teilte die überwiegende Mehrheit der um die 140 in Bern anwesenden SP-Frauen. Strikter äusserte sich die Juristin Gret Haller. Ihrer Meinung nach wäre es verfehlt, die Armee einfach den Männern zu überlassen. Sie fordert für Männer und Frauen eine freie Wahl zwischen üblichem Militärdienst und einem Sozialdienst. Beide Geschlechter sollten genau die gleichen Rechte, Pflichten und Betätigungsbereiche haben. Zu Beginn der Tagung nannte der Freiburger Nationalrat Félicien Morel, Mitglied der Eidgenössi-